

## Niederschrift Nr. 7 über die öffentlichen Sitzung Jugendhilfeausschuss

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 16.07.1998  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:10 Uhr  
**Sitzungsort:** Jugendzentrum Borssum

### Anwesend:

**Vorsitzende**  
Grix, Helga

**SPD-Fraktion**  
Mecklenburg, Rico  
Meyer, Elfriede  
Tamminga, Jenny

**CDU-Fraktion**  
Hegewald, Reinhard  
Köhler, Nils

**FDP-Fraktion Grundmandat**  
Beisser, Kurt-Dieter Dr.

**Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder**  
Grix, Wilhelm  
Meinen, Regina  
Rehling, Gertrud

**Beratende Mitglieder**  
Herbst, Martin  
Ouedraogo, Abdou  
Saathoff, Walter  
Schoolmann, Beate  
Sprengelmeyer, Thomas

### Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlußfähigkeit fest.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.05.1998

**Beschluss:**

Die Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.05.1998 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 4 Zuschüsse an Vereine und Verbände  
Vorlage: 13/583

Herr Saathoff erläutert die Vorlage.

Die Zuschüsse werden nach den Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit der Stadt Emden an anerkannte Verbände und Jugendgemeinschaften gewährt, und zwar für die Anschaffung von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen. Die Zuschüsse betragen jeweils 30 % der Anschaffungssumme.

**Beschluss:**

An Vereine und Verbände werden folgende Zuschüsse gezahlt:

1. Jugendbüro der ev.-ref. Gemeinde Emden für 3 Tisch-Fußballgeräte, 30 % der Anschaffungssumme von 4.650,-- DM = 1.395,-- DM
2. AWO Jugendwerk Emden für die Anschaffung von 2 Zelten SG 300  
30 % der Anschaffungssumme von 7.165,20 DM = 2.149,56 DM

**Ergebnis:** einstimmig

Herr Grix hat an der Abstimmung zu Punkt 2. nicht teilgenommen.

TOP 5 Mitteilungen des Oberstadtdirektors

Bericht über die Jugendarbeit im Stadtteil Borssum

Der zuständige Sozialarbeiter, Herr Bernhard Peters, berichtet über die Jugendarbeit im Stadtteil Borssum. Der Einzugsbereich des Jugendzentrums Borssum gehe von Borssum/Hilmarsum, Widdelswehr/Jarssum, Friesland bis Petkum. In diesem Einzugsbereich leben ca. 9.500 Personen. Im Stadtteil Borssum gebe es eine Anzahl von Vereinen, Verbänden und sonstigen Einrichtungen, z. B. Blau Weiß Borssum, Feuerwehr Borssum, Kaninchenzuchtverein, Kleingartenbauverein Heimateerde und AWO-Süd.

Angebote der Kinder- und Jugendarbeit werden außerhalb des Jugendzentrums Borssum nicht kontinuierlich angeboten. Hier gebe es Einzelaktionen bzw. nur vereins- und einrichtungsspezifische Arbeit.

Das Jugendzentrum Borssum stehe als Einrichtung der Jugendhilfe allen Kindern und Jugendlichen des Einzugsgebietes zur Verfügung und biete Freizeit, Kultur und Bildungsangebote. Angebote können jedoch nur begrenzt gemacht werden, da die Leistungen lediglich von einer hauptamtlichen Fachkraft, einem Berufspraktikanten sowie einem Zivildienstleistenden unter

Mithilfe der Jugendlichen zu koordinieren und durchzuführen seien. Das Jugendzentrum sei bis auf samstags an sechs Tagen der Woche geöffnet.

Nach Aussage von Herr Peters gebe es trotz Personalknappheit ein reichhaltiges Angebot, z. B. Teestube, Disco, Streetball und offene Koch-Arbeitsgruppe. Ferner würde Gruppenarbeit angeboten, wie Zeitungsgruppe, Jungengruppe, Kochgruppe, Fotogruppe etc. Außerdem könne man an einer Reihe von Veranstaltungen teilnehmen, unter anderem Wochenendseminaren, Turnieren, Tagesausflügen, Konzerten etc.

Herr Peters weist auf die Kooperation mit Vereinen und Verbänden hin. Besonders eng sei die Zusammenarbeit mit der Osterburgschule, mit der projektorientiertes Arbeiten sehr gut laufe.

Herr Peters bedauert, daß es sich bei der Angebotspalette hinsichtlich der Arbeit des Jugendzentrums nur um eine "Komm-Struktur" handelt, da es wegen der bereits erwähnten Personalknappheit nicht möglich sei, Streetworking zu betreiben, um auf die Jugendlichen zuzugehen. Ein weiteres Problem sei der jährliche Personalwechsel hinsichtlich des Zivildienstleistenden und des Praktikanten. Hier fehle eine intensive kontinuierliche Beziehung zu den Jugendlichen. Kopfzerbrechen bereite ihm des weiteren der sogenannte Reinigungsdienst des Jugendzentrums. Für das Jugendzentrum gebe es keine Reinigungskraft, so daß alle anfallenden Reinigungsarbeiten vom hauptamtlichen Personal und den Besuchern des Jugendzentrums selber gemacht werden müssen. Dieses koste Zeit, die ihm nicht mehr für die eigentlichen Aufgabe, die Jugendarbeit, zur Verfügung stehe.

Frau Meyer möchte wissen, weshalb 6 bis 12jährige Kinder nicht kommen, oder ob es kein Angebot für diese gebe.

Herr Peters erwidert, daß hier spezielle Angebote gemacht werden müßten, jedoch aus räumlichen und personellen Gründen sei es nicht möglich, ein ständiges Angebot zu unterbreiten.

Frau Meyer möchte des weiteren wissen, weshalb Jugendliche das Jugendzentrum nicht selber sauber halten können.

Herr Peters erklärt, daß Jugendliche bereits bei Renovierungsarbeiten zur Verfügung stünden, jedoch beim regelmäßigen Reinigungsdienst nicht immer einbezogen werden könnten. Dieses sei nicht zumutbar wegen Gleichberechtigung.

Herr Saathoff vertritt die Ansicht, daß es den Mitarbeitern sowie Jugendlichen durchaus zuzumuten sei, die Räume sauber zu halten. Aufgrund der bekannten Finanzknappheit der Stadt Emden könne man sich glücklich schätzen, weiterhin fünf Jugendzentren betreiben zu können.

Frau Tamminga vertritt die Auffassung, daß es den Jugendlichen nicht schade, das Jugendzentrum selber sauber zu halten. Sie sei froh darüber, daß der Jugendetat nicht beschnitten worden sei und könne demnach nicht nachvollziehen, daß das vorhandene Geld für Reinigungskosten ausgegeben werden solle.

Herr Herbst äußert Bedenken und bezeichnet es als unglücklich, wenn Jugendliche die öffentlichen Räumlichkeiten selber sauberhalten sollen. Er äußert ferner Bedenken dahingehend, daß viele nicht mehr kämen, wenn sie hier regelmäßig putzen müßten. Nach seiner Meinung sei eine offene Jugendarbeit dann nicht mehr möglich.

Herr Grix führt aus, daß das Jugendzentrum das Haus der Jugendlichen sei, und somit haben sie auch einen Teil der Verantwortung zu tragen. Zur Selbstverantwortung gehöre auch Selbstverwaltung, und so können die Jugendlichen selbst entscheiden, ob sie ihr Haus verkommen lassen oder nicht. Er halte es für sehr wichtig, ein Konzept für die künftige Arbeit in allen fünf Jugendzentren der Stadt zu erarbeiten, und es sei notwendig, daß die Kinder und Jugendlichen

in das Konzept eingebunden werden. Es sei heutzutage schwieriger, einen Zugang zu ihnen zu finden. Eine Identifikation sei jedoch notwendig, und inhaltliche Arbeit halte er für äußerst wichtig.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, daß sich das Profil der Jugendzentren verändert habe. In diesem Zusammenhang verweist er nochmals auf die Stadtteilkonferenzen, in denen die Angebote geprüft und notwendige Schlüsse gezogen werden. Nach seinen Worten habe sich die Jugendzentrumsarbeit dahingehend gewandelt, daß ein Jugendzentrum mehr und mehr Ansprechpartner in den verschiedenen Stadtteilen sei und somit müsse der Kontakt zu Schulen und Vereinen verstärkt werden.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

Zuschüsse für die Gruppenarbeit  
Vorlage: 13/584

Herr Saathoff erläutert, daß nach den Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit für jede regelmäßig arbeitende Kinder- und Jugendgruppe mit jugendpflegerischer Tätigkeit ein Betrag von 200,-- DM gezahlt werden kann. In diesem Jahr haben bereits 20 Einrichtungen 11.600,-- DM für ihre Kinder- und Jugendarbeit erhalten. Die Adressaten seien der Vorlage zu entnehmen.

Herr Saathoff ergänzt, daß Schulen und Sportvereine in die Förderung einbezogen würden, wenn deren Gruppen ausschließlich überfachliche Gruppenarbeit machen.

Frau Tamminga fragt an, weshalb die Sportvereine Blau-Weiß Borssum und Integrierter Sportverein einen Zuschuß bekämen.

Herr Sprengelmeyer erwidert, daß hier überfachliche Gruppenarbeit angeboten würde, und diese Angebote sich an Stadtteilkinder richteten, die nicht im Sportverein seien.

Herr Köhler fragt, ob die Gruppenstärke für die Bezuschussung relevant sei.

Herr Sprengelmeyer antwortet hierzu, daß es keine diesbezüglichen Kriterien gebe.

Frau Tamminga betont, daß überfachliche Arbeit kontinuierlich geleistet werden müsse, worauf Herr Sprengelmeyer ergänzt, daß für die Gruppenarbeit ein Jugendgruppenleiterausweis notwendig sei. Des weiteren erklärte sich Herr Sprengelmeyer damit einverstanden, den Jugendhilfeausschußmitgliedern die Richtlinien zur Verfügung zu stellen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

Bericht über die Bezirkssozialarbeit des Jugendamtes

Der Sozialarbeiter, Martin Meyerhoff, stellt die Bezirkssozialarbeit vor, die beim Fachdienst Sozialer Dienst innerhalb des Fachbereiches angesiedelt sei. In diesem Bereich seien sieben Vollzeit bzw. Teilzeitkräfte tätig. Die rechtliche Grundlage für die Arbeit sei das Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), wonach folgende Einzelfallhilfen angeboten würden: Hilfe zur Erziehung, Erziehungsberatung, Soziale Gruppenarbeit, sozialpädagogische Einzelbetreuung, Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen, Herausnahme des Kindes oder des Jugendlichen, Mitwirkung bei Verfahren vor dem Vormundschafts- und Familiengericht, Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung.

Herr Meyerhoff erklärt, daß es sich bei den Mitarbeitern der Bezirkssozialarbeit um sog. "Allroundbearbeiter" handele und erläutert die praktische Arbeit anhand von mehreren Beispielen.

Er weist ausdrücklich daraufhin, daß gem. Artikel 6 Grundgesetz zuerst einmal die Pflege und Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern und die Pflicht der Eltern sei.

Dann geht Herr Meyerhoff ausführlich auf die Lage der Kinder und deren Schwierigkeiten ein. Festzustellen sei eine Verlängerung der Kinder- und Jugendphase im Vergleich zu anderen Epochen, eine Abnahme der Erziehungs- und Kontrollfunktion der Familie, Zunahme der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Kinder und Jugendlichen von der Familie, eine Wandelung der Familienstruktur von der Mehrgenerationenfamilie zur Zweigenerationenfamilie, Ansteigen der 1-Kind-Familien, bzw. 1 Elternfamilie, eine Wandelung der Familie von der relativ festen und einer lebenslang währenden Institution zur Verhandlungssache auf Zeit. Es wird des weiteren festgestellt, daß jährlich ca. 300.000 Kinder in Deutschland von Scheidung betroffen sind. Eltern treten ihren Kinder gegenüber immer weniger als Autoritätsperson auf und milieuspezifische und soziokulturelle Wertvorstellungen verlieren an Bedeutung.

Nach ausführlicher Darstellung des Bezirkssozialarbeiters, Herrn Meyerhoff, ergibt sich im Anschluß eine rege Diskussion. \_

Herr Mecklenburg erklärt, die Lage der Kinder habe sich verändert, weil sich der Zustand der Gesellschaft verändert habe. Positiv aufgefallen sei ihm diesbezüglich, daß sich der Soziale Dienst diesen Veränderungen angepaßt habe. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und dem Sozialen Dienst habe sich in der Vergangenheit stark verbessert. Er als Lehrer habe festgestellt, daß der Soziale Dienst der Schule Rat und Hilfe anbiete. Die Zusammenarbeit müsse sich jedoch weiterhin institutionalisieren.

Frau Tamminga vertritt die Auffassung, je liberaler die Lebensweise, desto mehr nehme die Kriminalität sowie auffällige Verhaltensweisen zu. Hieraus stelle sich die Frage, ob das Angebot zu groß oder der Zusammenhalt nicht mehr da sei.

Herr Herbst ist der Meinung, daß jede bisherige Generation ihre eigenen Schwierigkeiten gehabt habe.

Frau Schoolmann kritisiert, daß heutzutage materielle Dinge im Vordergrund stünden, wonach Kinder es besser haben sollen und nichts mehr selber zu machen haben.

Herr Quedraogo ist der Meinung, daß Jugendliche von heute einen Freiheitsdrang hätten, den sie überhaupt nicht bräuchten. Die Eltern seien wieder mehr in die Verantwortung zu nehmen.

Herr Grix kritisiert, daß sich die Wahrnehmung verändert habe. Als Beispiel nennt er, daß Jugendliche wegen "Zigaretten schnorren" heutzutage wegen räuberischer Erpressung vor Gericht gestellt würden. Außerdem stellt er fest, daß bestimmte Klientel mit immer gleichen Namen seit Generationen auftauchten. Anscheinend sei es schwierig, Veränderungen herbeizuführen.

Herr Meyerhoff erklärt, daß es keine monokausalen Zusammenhänge gebe. Es handele sich um einen großen Komplex, wonach keine einzelnen Ursachen genannt werden können. Im Einzelfall ist es notwendig, mit der Familie in das Gespräch zu kommen, um das Kindeswohl zu prüfen. Hier könne es aber Abweichungen geben, wenn die Familie unter dem Begriff Kindeswohl etwas anderes verstünde. Oft sei ein langer Dialog notwendig, und mit manchen Familien gebe es bereits eine 10jährige Zusammenarbeit.

Herr Saathoff macht deutlich, daß der Soziale Dienst Hilfen im Einzelfall anbiete. Das seien in erster Linie familienentlastende, also ambulante Maßnahmen. Familienersetzende Maßnahmen, nämlich die Unterbringung in Heimen oder Pflegefamilien, seien das letzte Mittel, wenn alles anderes nicht greife.

Frau Meinen spricht sich dafür aus, daß die Angebote für Kinder und Jugendliche zusammengefaßt werden sollten. Sie habe den Eindruck, das hier und dort etwas gemacht würde, ist aber für eine engere Zusammenfassung.

Herr Sprengelmeyer stellt die Frage, inwieweit können wir Kindern zuhören, Kinder verstehen, Kinder ernstnehmen, sowie die Beteiligung der Kinder ernstnehmen. Dies sei für ihn ein wichtiger Punkt für die Struktur innerhalb der Jugendhilfeplanung.

Im Anschluß an die rege Diskussion erklärt Herr Saathoff die verschiedenen Tätigkeitsfelder des Jugendamtes und schlägt vor, die Berichterstattung einzelner Fachdienste bzw. Abteilungen weiter fortsetzen zu wollen, wenn die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses hiermit einverstanden sind.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

#### Ferienprogramm von Jugendlichen

Herr Sprengelmeyer erläutert das Ferienprogramm anhand der vorgelegten Ferienpässe. Der Ferienpaß hat eine Neuerung dahingehend erfahren, daß dieser nun von zwei Seiten angegangen werden kann. Ein Teil richte sich an Kinder bis zum 13. Lebensjahr. Nach Aussage von Herr Sprengelmeyer haben 93 Vereine, Verbände und Institutionen sich zur Verfügung gestellt, und es gebe ca. 200 Angebote. In diesem Jahr seien die Einzelveranstaltungen der Renner. Der zweite Teil und die Neuerung sei das diesjährige Jugendprogramm, mit dem Logo YES "Junge Emdener Szene". Darauf seien alle Aktionen aufgeführt, die von Jugendlichen für Jugendliche angeboten würden. Hier handele es sich um ein eigenständiges Programm von Jugendlichen, die nicht im Ferienpaß stünden. Angeboten würden z. B. ein Mobiles Jugendcafe und auch einige Open-air-Discos. Das mobile Jugendcafe diene auch dazu, in den einzelnen Stadtteilen mit Jugendlichen in Kontakt zu kommen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

#### TOP 6 Anfragen

Herr Herbst erklärt, daß er Vorsitzender des Stadtjugendringes geworden sei. Er hätte gerne gewußt, wann Sitzungswochen sind und stellt die Frage, inwieweit die angekündigte Verwaltungsreform umgesetzt sei, und welche Konsequenzen hieraus zu ziehen seien. Bezüglich der Jugendhilfeplanung möchte er wissen, inwieweit Kinder und Jugendliche an der Hilfeplanung beteiligt würden, und wie der Stand sei.

Herr Saathoff erwidert, daß die nächsten Jugendhilfeausschußsitzungen am 01.10. und 10.12.1998 sind. Hinsichtlich der Verwaltungsreform geht Herr Saathoff kurz auf das neue Steuerungsmodell ein und erklärt, daß ein Wandel insofern vollzogen sei, daß die Fachbereiche inzwischen die Produkte definiert hätten. Hinsichtlich der Jugendhilfeplanung sei vorgesehen, in der nächsten Sitzung den Stand der Planung vorzustellen, um hierüber zu diskutieren.

Herr Grix kritisiert die Art der Berichterstattung in der Emdener Zeitung über sogenannte "Straßenkinder". Er hält die Veröffentlichung für sehr unglücklich. Er berichtet, daß er bereits seit 1979 Jugendfahrten nach Frankreich begleite, und zwar ehrenamtlich. Seiner Auffassung nach muß die Unterstützung seitens der Jugendpflege ausreichend und vernünftig sein und bemerkt, daß die Vorplanung besser laufen müsse.

Herr Sprengelmeyer betont, daß es in Emden keine Straßenkinder gebe. Bei dem in der Emdener Zeitung veröffentlichten Bild handele es sich um normale Kinder.

Die Vorbereitung, Unterstützung und Fahrten ins Jugendlager haben sich seiner Meinung nach seit Jahren manifestiert. Die Jugendförderung habe sich vorgenommen, alle Verantwortlichen zusammenzubringen.

Herr Sprengelmeyer weist auf einen Termin am 12.09. in Hannover hin, wonach das 50jährige Bestehen des Landesjugendringes gefeiert wird. Die Fahrt dorthin sei kostenlos, und wer Interesse habe mitzufahren, solle sich früh genug anmelden. Es handele sich hier um eine Aktion des Stadtjugendringes und der Jugendförderung.

Die Beschlüsse wurden gem. § 34 Abs. 3 NGO bis zum Ende der Sitzung schriftlich festgehalten.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.10 Uhr.